

# „Wir sind keine Almosenempfänger“

Sozialwirtschaftsstudie zeigt: Für jeden investierten Euro in soziale Projekte kommen 6,60 Euro zurück

Wirtschaftsmacht anstatt Bittsteller: Die Wohlfahrtsverbände sind stabilisierende Kraft und bedeutende Gestalter der Gesellschaft, geht aus der aktuellen Sozialwirtschaftsstudie hervor.

von Andreas Schmidt

**Marburg.** Die „Liga der freien Wohlfahrtspflege in Hessen“, zu der neben der Arbeiterwohlfahrt, der Caritas und der Diakonie auch der Paritätische, das Deutsche Rote Kreuz und der Landesverband der Jüdischen Gemeinden gehören, hatten die Studie in Auftrag gegeben. Zusammen kommen die Verbände auf rund 113 000 Mitarbeiter, hinzu kommen etwa 160 000 ehrenamtlich Engagierte. „Als Wohlfahrtsverbände sind wir ein wichtiger Wirtschaftsfaktor und gleichzeitig Anwalt für die Betroffenen und gestalten damit die Gesellschaft“, sagt Annette Wippermann, Vorstandsmitglied der „Liga“.

Für Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies (SPD) ist klar: „Die Universitätsstadt Marburg und der Landkreis Marburg-Biedenkopf nennen sich nicht ohne Grund das soziale Herz Deutschlands.“ Denn es gebe eine „Dichte und Ausstattung sozialer Infrastruktur, die unerreicht ist“, sagte Spies. So habe der Gesundheitsbereich in Marburg den höchsten Anteil der Wertschöpfung am Brutto-sozialprodukt – in einem dreistelligen Millionenbereich, „und das ohne den Pharma-Standort und ohne die Uni-Klinik“, erklärte der Oberbürgermeister. Das verdeutliche die weitgehend unterschätzte Bedeutung der Sozialwirtschaft für das gesellschaftliche Geschehen.

An vielen Stellen herrsche immer noch eine Grundhaltung,



Eine Altenpflegerin führt eine demenzkranke Frau: Vor allem in der Pflege wird der Bedarf an Arbeitskräften in den kommenden Jahren immens steigen. Archivfoto: Sven Hoppe

die ein Zuschussempfängerbild von der Sozialwirtschaft habe. „Die Stadt Marburg – und ich hoffe, ich gewinne auch die Landrätin für den Landkreis dafür – wird in einen Prozess einer kooperativen Sozialplanung eintreten, die die Idee einer partnerschaftlichen Planung gemeinsam voranbringt“, versprach Spies.

## Wohlfahrtsverbände sorgen für Stabilität in Krisen

Denn: „Die Ansprüche, die wir davon haben, wie die sozialen Strukturen mit den Klienten umgehen sollen, so muss am Ende auch unser Umgang mit den sozialen Strukturen sein.“ Wichtig sei, in eine Wirkungsorientierung einzutreten, um in Zeiten knapper Ressourcen einen größtmöglichen Nutzen zu erreichen.

Annette Wippermann stellte einige Kernthesen der gut 160-seitigen Studie vor.

Untersucht wurden ausgewählte Arbeitsfelder wie die Flüchtlingshilfe, Altenhilfe, Ehrenamt und Schuldnerberatung. Deutlich wurde: Gerade zu Krisenzeiten sorgen die Wohlfahrtsverbände für gesellschaftliche Stabilität, sind eine integrative Kraft und sorgen aktiv für den Zusammenhalt in der Gesellschaft.

Die Studie belegt außerdem: Soziale Arbeit lohnt sich finanziell in vielen Arbeitsfeldern. Die Verbände sind nicht nur Dienstleister, Arbeitgeber und Solidaritätstifter. Sie reinvestieren ihre Mittel in die Soziale Arbeit – und das spart der öffentlichen Hand Geld.

Wie wichtig das Ehrenamt sei, habe sich beispielsweise bei der Flüchtlingskrise gezeigt: „Als

diese 2015 eine unglaubliche Herausforderung war, waren die Wohlfahrtsverbände diejenigen, die am schnellsten reagieren konnten, weil sie bestimmte Strukturen die ganze Zeit aufrechterhalten haben.“

## Jeder zehnte Hesse arbeitet in der Sozialwirtschaft

Zudem nähmen sie weiterhin die Verfahrensberatung für Flüchtlinge vor und zahlten diese aus eigener Tasche. „Dabei sollte dies eine grundlegende Aufgabe des Landes sein“, verdeutlicht Wippermann.

Volkswirtschaftlich „wird die Sozialwirtschaft oft nicht in der Größe wahrgenommen, die ihr gebührt“, sagt sie. Jeder zehnte Beschäftigte in Hessen sei in der Sozialwirtschaft tätig – mit einer Wirtschaftsleistung von 13 Milliarden Euro, was gut sechs Pro-

zent der Wertschöpfung entspreche. Zudem sei jeder 30. sozialversicherungspflichtige Arbeitsplatz in Hessen der Freien Wohlfahrtspflege zuzuordnen. Angesichts der demografischen Entwicklung werde die Nachfrage nach Angeboten im Bereich Pflege weiter wachsen – und somit auch die „Wirtschaftsmacht Wohlfahrtspflege“.

Dass investiertes Geld in den sozialen Bereich auch immer einen Gewinn bringe – der sogenannte „Social Return in Invest“ –, verdeutlicht die Studie bei der Betrachtung der Caritas-Schuldnerberatung in Frankfurt: „Man versucht die Wirkungen, die man bei einem Klienten erreicht, monetär zu beziffern“, erläutert Wippermann.

Alle zwei Monate habe man bei 100 Klienten nachverfolgt, welche Veränderungen sich bei ihnen ergeben hätten – und diese Erfolge werden dann „monetarisiert“. Beispielsweise werden vermiedene Kosten, die durch Wohnungs- und Arbeitslosigkeit oder Inhaftierung entstanden wären, ebenso, wie die nicht entstandenen Kosten für Finanzberatung, Psycho- oder Familientherapie. Die Kosten der Beratungsstelle belaufen sich im Jahr auf 330 000 Euro – die Wirkungen lassen sich auf knapp 2,2 Millionen Euro beziffern. Heißt im Umkehrschluss: Für jeden investierten Euro bekommt die Gesellschaft 6,60 Euro an Gegenwart zurück.

Rainer Dolle, Geschäftsführer von „Arbeit und Bildung“, erläutert: „Wir sind nicht in der Opferrolle und keine Almosenempfänger, die dankend Geld bekommen. Die Studie zeigt, dass es nicht so ist – aber der Wirtschaftsfaktor und die Selbst-erwirtschaftung gehen unter.“ Dieses Bild sollte sich möglichst schnell ändern – vielmehr sei es wichtig, in den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft zu investieren, zu dem man immens beitrage.



## Liliya Latzko eröffnet Modeatelier

von Ina Tannert

**Marburg.** Klein und etwas versteckt, aber mit allem, was das Schneiderherz begehrt, präsentiert sich das neue Modeatelier von Liliya Latzko (Foto: Ina Tannert) in der Ockershäuser Straße 59. Knallig bunt und kräftig sind die Farben, die die Inhaberin bei ihrer eigenen Kollektion bevorzugt. Mode nach Maß für jeden Geschmack bietet die Schneiderin seit Anfang April im eigenen Modeatelier.

Seit mittlerweile 20 Jahren hat sich Latzko dem Schneiderhandwerk verschrieben und sich mit einem eigenen Unternehmen einen Traum erfüllt. Sie bietet Änderungsschneiderei aller Art an, „Kunststopferei“ oder eine „Kleider-Klinik“ und schneidert Kleidung aller Art passgenau den Kunden auf den Leib, Frauen wie Männern. „Das kann alles sein, vom einfachen Rock bis zum Brautkleid oder Maßanzug“, erklärt die Meisterin im Damen- und Herrenschneiderhandwerk. Nähen und Kreativität ist für die 37-Jährige schon fast eine Passion und künstlerischer Ausdruck. Neben dem Handwerk ist sie Malerin, hat sich der Porträtmalerei verschrieben, „bei beidem kommt es einfach auf das richtige Augenmaß an“. Darüber hinaus widmet sich die begeisterte Sängerin der Musik, wurde Anfang 2015 bekannt durch ihre Auftritte bei „Deutschland sucht den Superstar“, wo sie in den Recall gewählt wurde. Ihre größte Leidenschaft gilt jedoch ihrem Handwerk. „Ich habe schon immer genäht – und das mit Leib und Seele“, sagt sie. Mittlerweile führt sie eine eigene Kollektion mit rund 200 Kleidern. „Mein Stil ist auffällig, tolle Kleider sollten ein Blickfang sein“, findet Liliya Latzko.

## Zeugnis: Für Unterschrift gelten Regeln

**Hamm.** Arbeitnehmer müssen ein Arbeitszeugnis mit einer untypischen Unterschrift nicht akzeptieren – so eine Entscheidung des Landesarbeitsgerichts Hamm (Az.: 4 Ta 118/16). In dem Fall hatte das Arbeitszeugnis einer Frau keine richtige Unterschrift des Geschäftsführers. Dort stand lediglich der Buchstabe „H.“. Der Mann verteidigte sich damit, dass das wegen eines Schlüsselbruchs nicht anders möglich gewesen sei. Das erneut ausgefertigte Zeugnis wurde zwar mit der echten Unterschrift versehen. Nun stand der Namen jedoch quer zum Zeugnistext.

Die Frau hat Anspruch auf ein ordnungsgemäß unterschriebenes Zeugnis, entschied das Gericht. Durch die unübliche Unterschrift könnten beim Leser Zweifel an der Ernsthaftigkeit des Zeugnisses bestehen. Daher müssten Zeugnisse so unterschrieben werden wie andere wichtige Dokumente. Sonst könne man meinen, dass der Unterzeichner sich vom Text distanzieren will. (dpa/tmn)

## Finanzgericht urteilt: Gewährte Reiserabatte zählen nicht zum Arbeitslohn

**Berlin.** Reisebüroangestellte, bei denen das Finanzamt Lohnsteuer wegen gewährter Reiserabatte verlangt, sollten dies nicht hinnehmen. Der Rabatt, den ein Reiseveranstalter einer Angestellten auf den Reisepreis gewährt, stellt keinen steuerpflichtigen Arbeitslohn dar, entschied das Finanzgericht Düsseldorf (Az.: 5 K 2504/14 E). „Das Urteil lässt vor allem die Tou-

ristikbranche aufhorchen“, ergänzt Isabel Klocke vom Bund der Steuerzahler.

In dem Fall buchte die Angestellte eines Reisebüros eine Kreuzfahrt für sich und ihren Ehemann. Der Veranstalter der Hochseekreuzfahrt bot Reisebüroinhabern und dessen Angestellten zur Sicherung der Geschäftsbeziehung Rabatte von über 80 Prozent an, sodass die

Angestellte für ihre Reise statt 6330 Euro lediglich 1540 Euro bezahlte. Bei einer Lohnsteueraußenprüfung behandelte das Finanzamt den Rabatt als geldwerten Vorteil und rechnete ihn zum Arbeitslohn der Angestellten hinzu.

Das Finanzgericht Düsseldorf entschied zugunsten der Angestellten: Ein geldwerter Vorteil läge nur dann vor, wenn der

Reiseveranstalter die Vergünstigung im Interesse des Arbeitgebers gewährt hätte. Hier wurde der Rabatt jedoch aus eigenwirtschaftlichem Interesse des Veranstalters eingeräumt. Darunter fallen beispielsweise die Optimierung von Kapazitäten oder die Reduzierung von Kosten. Es seien zudem keine Anhaltspunkte erkennbar, dass der Veranstalter die individuelle Ar-

beitsleistung der Frau entlohnen wollte, sodass eine Qualifizierung des Rabatts als Arbeitslohn nicht in Betracht komme. „Wird in ähnlichen Fällen eine Reisevergünstigung der Lohnsteuer unterworfen, so sollten Reisebüroangestellte sich auf das Urteil beziehen“, rät Klocke. Gegebenenfalls sollte gegen den Steuerbescheid Einspruch eingelegt werden. (dpa/tmn)

## „Pusch“ soll Schülern Motivation zurückbringen

Projekt von „Arbeit und Bildung“ und der Adolf-Reichwein-Schule verknüpft Arbeitspraxis und Schule

Die Adolf-Reichwein-Schule und „Arbeit und Bildung“ kooperieren beim Projekt „Pusch“, um Schüler, die auf der Kippe stehen, wieder zu motivieren.

**Marburg.** Die Schullaufbahn verläuft nicht immer reibungslos bis zum ersehnten Abschluss. Manche Schüler verlieren sich auf dem Weg dorthin. Da sind Pubertät, Schwierigkeiten im Elternhaus, Drogen oder einfach nur andere Interessen ins Zentrum gerückt, die eine Abkehr vom Schulalltag und vom Lernen bewirken. Hier bietet die Adolf-Reichwein-Schule (ARS) in Kooperation mit dem Bildungsträger „Arbeit und Bildung“ die Möglichkeit, diese Schüler besonders zu fördern. „Praxis und Schule“ oder kurz „Pusch“ nennt sich das

Programm, um solche Schüler durch einen erhöhten Praxisanteil kombiniert mit schulischen Fächern wieder neu zu interessieren und zu motivieren. Schule wird für sie wieder neu und anders erlebbar gemacht.

Dennis zum Beispiel: Er hatte viele Fehlzeiten in seiner letzten Schule und kam dort nicht mehr klar. Jetzt geht er an drei Tagen in die ARS und arbeitet zwei Tage die Woche in der Marburger Produktionsschule. Dort baut er aus alten Skiern Bänke, fertigt Stehtische oder eine Rampe für Rollstuhlfahrer. So bekommt er den Weg von der Herstellung über die Fertigstellung und Vermarktung eines Produktes mit. „Dies hat für unsere Schüler häufig einen ganz besonderen Stellenwert“, sagt Carsten Klein von der ARS. „Es macht Spaß, mit den Händen zu arbeiten, die Gruppe ist nett. Ich fühle mich hier wohl“, sagt Dennis.

Ganz besonders wichtig für die Teilnehmer ist die professionelle sozialpädagogische Begleitung. Rainer Zühlke vom Verein „Arbeit und Bildung“ arbei-

tet eng mit den Lehrern der ARS zusammen und begleitet die jungen Menschen in der gesamten Zeit. Er kümmert sich um die Sorgen, Nöte und Ängste der



Bei „Pusch“ werden Arbeit und Schule eng verknüpft, um den Übergang von Schule in eine Ausbildung zu erleichtern. Privatfoto

Jugendlichen, bringt ihnen bei, wie sie sich bewerben können, vermittelt ihnen Praktika und erstellt Förderpläne gemeinsam mit Klassenlehrer, Schülern und deren Eltern. „Das Ziel von ‚Pusch‘ ist, einen offensichtlich gefährdeten Übergang von Schule und Beruf abzufedern, auf einen möglichen Beruf vorzubereiten und damit die Chancen auf eine Ausbildung zu verbessern“, sagt Zühlke.

Zu „Pusch“ kommen Schüler aus verschiedenen Schulen, die die neunte Hauptschulklasse beendet haben und keinen Hauptschulabschluss haben. Sie können ihn in der „Pusch“-Klasse nachholen.

Eine solche neue Klasse startet im nächsten Schuljahr. Dafür können sich Interessenten bei der Adolf-Reichwein-Schule anmelden. Das Projekt wird vom Europäischen Sozialfonds und dem Kultusministerium gefördert.